

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Walter Kretschmer
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 10, Dresden
Telefon: 22 00 11

Abdruck von Texten aus dem Reichsanzeiger ist zulässig, wenn die Quellenangabe (Zeitschrift, Nummer) vollständig ist. Unvollständige Quellenangaben werden nicht aufgeführt.

Druck u. Verlag: Kretschmer & Kretschmer
Königsplatz 10, Dresden
Telefon: 22 00 11

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS
Kunstplepianos
seit 1834 bestbewährte Qualitätsfabrikat
Meißen i. Sa., Martinstraße 12

Immer noch nur die erstklassigen und schönsten
Damen-Taschen
zu niedrigeren Preisen
ADOLF NÄTER PRAGER STR. 26

DRUCKSACHEN
FOR HANDEL UND GEWERBE
Graph. Kunstanstalt Liepsch & Reichardt
IN MODERNER AUSFÜHRUNG
Marianstraße 38/42 · Ruf 25241

Stegerwald über Deutschlands Schulden

Die Schrumpfung des Volkseinkommens

Berlin, 5. Nov. Nach Reichskanzler Dr. Brüning sprach heute auf der Reichsanzeigerkonferenz der Zentrumspartei der Reichsminister Dr. Stegerwald. Er erklärte, eine koalitionspolitische Frontverbreiterung sei heute nicht möglich, weder nach links noch nach rechts. Nach links deshalb nicht, weil damit eine Mehrheit nicht zu erzielen wäre, und nach rechts nicht, weil damit außenpolitische Erleichterungen bei Reparations- und Stillhaltungsverhandlungen eintreten würden.

Die Nationalsozialistische Partei, erklärte Stegerwald weiter, sei kein homogener gewählter Gebilde, mit dem die schwierigen Aufgaben der Regierung in dem bevorstehenden schweren Winter gelöst werden könnten. Die Gruppen, die in der gegenwärtigen Stunde eine Heranziehung der Rechten zur Regierung wählen, täten es meist nicht aus staatspolitischen Gründen, sondern aus der Hoffnung heraus, daß dabei die Gruppen der Rechtsopposition auseinanderfallen und abwärts schalten würden. In einer Stunde aber, wo es um Kopf und Kragen eines 60-Millionen-Volkes geht, könne man nicht taktisch operieren, sondern müsse die Politik nach sachlichen Gesichtspunkten machen.

Außenpolitisch hätten wir in den nächsten Wochen uns darüber zu entscheiden, ob wir für einige Jahre noch die Fiktion aufrechterhalten, oder ob wir uns für Jahrzehnte in die Gefangenenschaft anderer Völker begeben wollten. Daneben sei die Außenpolitik der nächsten Monate eine große finanzielle Transaktion. Wir seien genehmigt mit etwa 11 bis 12 Milliarden kurzfristige, mit etwa einer gleichen Summe langfristige verschuldet, und dazu kämen etwa vier bis fünf Milliarden ausländische Verleihen an der deutschen Wirtschaft, so daß die gesamte deutsche Schuldenlast an das Ausland etwa 27 bis 28 Milliarden betrage. Dazu kämen noch die politischen Schulden.

Eine ähnliche Schuldenlast hätte ein moderner Staat in der neueren Geschichte noch nicht auszuweisen.

Wir haben allerdings auch Auslandskaufleute, die zwischen 7 bis 8 Milliarden Mark betragen dürften. Unsere Fiskuslast beträgt für die langfristigen Schulden etwa 700 Millionen und für die kurzfristigen nicht viel weniger als eine Milliarde. Dazu kommen noch die Dividenden für die Auslandsbeteiligung an deutschen Wirtschaftsunternehmen und endlich die politischen Leistungen an Reparationen. In den nächsten Wochen wird der außenpolitische Kampf darum entbrennen, ob und wie die politischen Schulden gleichberechtigt neben den privaten behandelt werden können. Deutschland hat nie bestritten, daß die privaten Schulden verlust und zurückgezahlt werden müssen.

Wir sind aber nicht in der Lage, daneben noch politische Schulden in größeren Beträgen zu bezahlen.

Erst wenn wir Klarheit über den Stand der Reparations- und Stillhaltungsverhandlungen haben, ist die letzte Basis gewonnen für eine starke deutsche Innenpolitik. Wir kommen auch um eine neue Stillhaltepolitik nicht herum. Diese Basis ist notwendig, damit wir auch an die Finanzfrage herankommen können. Die Regierung ist der Meinung, daß dem deutschen Volke eine zweite Inflation innerhalb eines Jahres nicht zugemutet werden kann.

Wenn aber 25 Länder der Welt sich auf dem Inflationsweg befinden, dann muß Deutschland, um seine Währung zu halten, sich dem Preisniveau der übrigen Welt anpassen.

Das deutsche Volkseinkommen, das 1913 etwa 42 Milliarden betrug, beträgt heute rund 58 Milliarden gegen 70 Milliarden im Jahre 1929. Wir werden, wenn wir nicht inflatorische Wege gehen wollen, für die nächsten Jahre den jetzigen nominalen Stand des Volkseinkommens nicht halten

können, sondern werden uns mit einem kleineren Einkommen begnügen müssen.

Wenn man nur nach den Notverordnungen sieht, so ist es richtig, daß die Arbeitnehmerschaft die größten Opfer gebracht hat; im ganzen gesehen ist es anders.

Die Wöhne sind im letzten Jahre um etwa 2 Milliarden gekürzt worden. Wenn wir aber die Bilanzwahrheit mit dem neuen Aktienrecht durchführen, dann wird sich herausstellen, daß von den 24 Milliarden, die in unseren Aktiengesellschaften investiert sind, kaum viel mehr als 10 Milliarden erhalten bleiben werden.

Im sozialen Abbau ist schon viel mehr geschehen, als die Öffentlichkeit glaubt. An der Arbeitslosenfürsorge sind mindestens 750 Millionen in den letzten Jahren praktisch gekürzt worden. Wir haben im nächsten Winter zwar eine größere Arbeitslosigkeit als im letzten Winter zu erwarten, aber sie wird nicht mehr so groß sein, als im letzten Winter. In der Inflation und Unfallversicherung werden wir noch zu größeren Veränderungen kommen müssen.

Es bleibt im übrigen dabei, daß sich der Kern der Sozialversicherung zu erhalten suche und ebenso den Kollektivvertrag und die Verbindlichkeitsklärung, wenn auch in der Handhabung Veränderungen in mancher Hinsicht getroffen werden müssen. Darüber wird in der nächsten Woche im Unterhaushalt des Wirtschaftsabteils gesprochen werden. Wir werden bestimmen über den Winter hinweg kommen. Wir müssen und werden dafür sorgen, daß das Volk nicht zu hungern braucht. Dann müßte es aber unbedingt zugehen, wenn wir nicht die Kraft aufbrachten, auch die übrigen Aufgaben zu bewältigen. Wir sind über den Inflations- und Stabilisationswinter 1929/30

auch nur hinweggekommen mit dem Belagerrungszustand, und wenn alles hart auf hart geht, ist der gegenwärtige Staat noch lange nicht am Ende seiner Kraft angelangt.

Wenn dafür gesorgt ist, daß die Menschen nicht zu hungern brauchen, dann wird es auch möglich sein, außerordentlich mit dem Aufgebot aller staatlichen Wirtschaftsmittel Ordnung zu schaffen. Man darf sich nicht Illusionen hingeben, man darf aber auch nicht ständig jammern. Zwischen Inflation und ewigem Jammer ist noch eine breite Mittelstraße. Die muß das deutsche Volk im nächsten Winter beschreiten. Dann wird es wieder auf festem Boden zum Aufstieg gelangen können.

In der Diskussion

Sprach der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Otto, dem Reichskanzler das Vertrauen der Arbeiterschaft aus; er bezeichnete es als bedauerlich, wenn ein deutscher Wirtschaftsführer wie Thomsen im Ausland behauptet, 45 Prozent der deutschen Einnahmen würden für soziale Zwecke verbraucht. Der Senator Dr. Horcher (Altona) sagte dem Kanzler die Unterstützung der Unternehmerkreise im Zentrum zu. Reichsstaatspräsident Esser betonte, auch das Handwerk, das Gewerbe und der Einzelhandel seien bereit, sich in die Volkswirtschaft einzufügen; er erklärte sei es, daß auch Sparfassen und gewerbliche Genossenschaften unter Garantie des Reiches gekürzt werden sollen. Dr. Perltius brachte Wünsche der Landwirtschaft vor und wandte sich gegen eine neue Inflation. Dr. Witt trat für die Wiedereinrichtung einer normal funktionierenden Demokratie ein. — Dann sprach

Was, Raas das Schlüsselwort.

Er wies darauf hin, daß alle Bestrebungen der Gegner, die Granitblöcke des Zentrums zu erklimmen, bis auf den heutigen Tag vergeblich gewesen seien und in Zukunft vergeblich bleiben würden. Dafür sei der Verlauf der Tagung ein stichbarer Beweis. In dieser Tagung sei der staats- und verantwortungsbewußte Sinn zum Ausdruck gekommen.

Gehlers Pläne

Es war ein kluger Gedanke des Bundes zur Erneuerung des Reichs, nach dem Rücktritt Dr. Luthers und dem Zwischenpiel des in politischen Kreisen wenig bekannten Grafen Roederer sich in dem früheren Reichswehrminister Dr. Gehler einen Vorsitzenden zu sichern, der dem nicht mehr zugänglichen Reichsreformgedanken neue, frische Impulse verleihen soll. Gehler verfuhr zur Zeit durch zahlreiche Vorträge, Besprechungen und Interviews neue Anhänger für die Ziele des Lutherbundes zu gewinnen. Seine Versuche in dieser Richtung sind nicht ohne Erfolg geblieben, weil er als Süddeutscher besser als die bisherigen Führer glaubhaft machen kann, daß er namentlich für den Selbstbestimmungswillen der süddeutschen Staaten weit mehr Verständnis aufbringen wird, als das bisher geschehen ist. Er hat sowohl in München wie auch in Berlin vor dem Demokratischen Klub sehr nachdrücklich darauf hingewiesen, daß gegenüber dem Norddeutschen Einheitsstaat, den der Bund zur Erneuerung des Reichs erstrebt, Reservatrechte für den Süden, der sein verfassungsmäßig garantiertes Selbstbestimmungsrecht ausgebildet bekommen soll, gewahrt werden müssen. Gehler lehnt jede gewalttätige Reichsreform ab. Er will sie auf dem Wege der Verhandlung erreichen und weiß als Süddeutscher natürlich sehr gut, daß das nur durch das Recht der Selbstbestimmung im Süden möglich ist. Gehler erklärte daher: „Wenn man zu einer Verständigung kommen will, muß man es wagen, das Wort Reservatrechte auszusprechen.“ Wieweit allerdings durch solche Erklärungen das Eis des Misstrauens schmelzen wird, das bisher alle Bestrebungen des Lutherbundes bevorzugen haben, erscheint trotzdem sehr fraglich. Einmal vermag auch der sympathische süddeutsche Führer die dem Lutherbund feindliche Stimmung nicht auf den ersten Anblick zu beseitigen. Man gibt ihm in den süddeutschen Kreisen zu verstehen, daß allein die Tatsache mitsprachlich mache, daß er genau so wie seine Vorgänger Dr. Luther und Graf Roederer absolut kein Verständnis für die Selbstbestimmungsbestrebungen der norddeutschen kleineren Länder gezeigt habe und seine Gedankengänge deshalb auch indirekt eine Gefahr für den Süden bedeuteten. Man weiß darauf hin, daß der Süddeutsche Gehler doch nur sehr begrenzt sei und räumlich an der Maingrenze aufhöre. Was nördlich davon liegt, soll in dem norddeutsch-preussischen Einheitsstaat aufgehen.

Sachen soll allerdings, wie auch schon zu Luthers Zeiten, das Recht zugestanden werden, selbst zu bestimmen, ob es keine staatliche Selbstständigkeit wahren, oder als Mitglied des Anschlusses finden wolle. Neu ist allerdings, daß man auch Thüringen das Selbstbestimmungsrecht lassen will. Daraus ergibt sich aber bereits, daß es mit der von Gehler propagierten gewaltlosen Reichsreform in Preußen nicht weit her sein kann. Denn alle anderen nord- und mitteldeutschen Länder, wie Hessen, Anhalt, die beiden Lippe, die Pfalzgräbte, die beiden Mecklenburg, Oldenburg und Braunschweig erhalten ja kein Selbstbestimmungsrecht, sondern müssen nach wie vor in Preußen aufgehen und mit diesem das „Reichsland“ Preußen bilden. Wie dieser Zwang erfolgen soll, darüber hat sich Gehler nicht ausgesprochen. Aber er hat der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die kleineren Länder in diesem Winter bereits sin an stelle erledigt sind und ihnen dann gar nichts anderes übrig bleibt, als „freiwillig“ und auf dem „Wege der Verständigung“ den Anschluß an das Reichsland Preußen zu finden.

Würden die Pläne Gehlers in dieser Form verwirklicht werden, dann wären vier Fünftel des Reichs vereint und es blieben im günstigsten Falle die drei süddeutschen Staaten, Bayern, Württemberg und Baden, gesichert durch ihre Reservatrechte, sowie Sachsen und allefalls Thüringen übrig, denen aber keine besonderen Reservatrechte zugesichert sind. Praktisch wäre das auch beben-

Die Erwerbslosensiedelung beginnt

Abschluss der Länderbesprechungen

Berlin, 5. Nov. Die Länderbesprechungen, die am Donnerstagvormittag zur Erörterung der Fragen der Erwerbslosensiedelung begannen, gelangten erst in den Abendstunden zum Abschluss. Es beschließt sich,

daß der in Aussicht genommene sechsmonatige Plan die Schaffung von etwa 20 000 Siedlerstellen mit einem Kostenanwand von je rund 2500 RM, und von etwa 30 000 Kleingärten mit einem Aufwand von je 1000 bis 2000 RM, vorsetzt.

Man rechnet jedoch damit, daß von Siedlern auch erspartes Eigenes zur Verfügung gestellt werden kann,

so daß über die vom Reich für sechs Monate in Aussicht gestellten Mittel hinaus noch Mittel für weitere Stellen oder Gärten zur Verfügung gestellt werden könnten. Es fand am Donnerstag auch bereits eine Aushilfsmaßnahme mit dem Deutschen Städtebund statt. Träger des Verfahrens bei der Siedelung sollen die Gemeinden sein. Der Reichskommissar wird sich von dem Betreibern leiten lassen, den Weg für eine zweckentsprechende dezentralisierte Gestaltung freizubehalten. — Am Sonnabend werden

Beratungen mit den Interessentenverbänden der Kleinrentner, Architekten usw. gepflogen werden. Anfang nächster Woche werden die Vorschläge dem Siedlungsanschuß des Reichstages zur Kenntnis unterbreitet werden. —

Heute: **Der D.N.-Kraftfahrer**
Seite 9 und 10